

## Nein zu Verkehrsrahmengesetz

### 19.09.2007 Landtag - Gesetzentwurf der Grünen abgelehnt

Die Arbeiten wurden heute mit der Debatte zu einem **Verkehrsrahmengesetz** wieder aufgenommen, das von den **Grünen** eingebracht wurde. Cristina Kury und Hans Heiss hatten dazu bereits gestern Stellung genommen.

Das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention enthalte Zielsetzungen, deren Umsetzung für alle eine Herausforderung sei, meinte Pius **Leitner**. In puncto Kostenwahrheit seien endlich Kriterien festzulegen. Das Land tue viel im öffentlichen Nahverkehr, aber oft fehle es an Begleitmaßnahmen. Von einer strategischen Verkehrspolitik sei nicht viel zu sehen. Die Bürger würden sich oft klare Aussagen über Zielsetzungen und Projekte wünschen, z.B. was aus der Pustertaler Linie werde und welche Umfahrungen noch gebaut würden; Volksbefragungen seien hier oft der beste Weg. Klargestellt werden müsse auch, dass am Bozner Flughafen vor dem Referendum nicht gebaut wird. Auch mit weiteren Aufstiegsanlagen oder Skipisten solle man vorsichtiger sein.

Man dürfe die touristische Entwicklung des Landes nicht behindern, meinte hingegen Alberto **Pasquali**. Diese großen Verkehrsströme werde man nie beeinflussen können, eine Rückkehr zu den Pferden werde es nicht geben. Die Staus an der Pustertaler Straße seien nicht mehr tragbar, das Verbot neuer Straßen sei nicht zum Prinzip zu erheben. Die Luftverschmutzung durch den Flugverkehr sei geringer als jene durch den Straßenverkehr. Auf die Schiene zu setzen, sei dagegen nicht falsch. Pasquali erklärte, er werde sich zu diesem Entwurf der Stimme enthalten.

Mit den Grundsätzen des Entwurfs müsse man einverstanden sein, erklärte Alessandro **Urzi**, mit den konkreten Lösungsvorschlägen nicht immer. Die Entwicklung der Mobilität gehöre zum Fortschritt, man sollte diese nicht a priori einschränken. Die sture Haltung der Grünen zu manchen Projekten habe oft zu Verunsicherung bei der Bevölkerung geführt, habe Ängste geschürt, die sich nachträglich oft als unberechtigt herausgestellt hätten, und habe schließlich den Entscheidungsprozess und die Realisierung der Projekte verlangsamt. Er werde sich der Stimme enthalten.

Unitalia habe sich immer klar gegen den Ausbau des Flughafens ausgesprochen, auch wegen der Kosten für die Allgemeinheit, meinte Donato **Seppi**. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf setzen die Grünen eher auf eine Einschränkung der negativen Auswirkungen, das sei eine Verwässerung einer einst klaren Position. Unklar sei hier auch die Stellung zum Brennertunnel, wenn an einer bestimmten Stelle auf den Ausbau der Schieneninfrastruktur gesetzt werde. Seppi sprach sich aber dafür aus, die einzelnen Artikel des Entwurfs im Plenum zu diskutieren. Das verlange der Respekt vor der Arbeit der Einbringer. Aber bisher habe es ein Gesetzentwurf der Opposition noch nie auch nur bis zur Artikeldebatte geschafft.

Eva **Klotz** sprach sich für den Entwurf aus. Besonders wichtig sei darin die Aufwertung des Eisenbahnangebots, der Verweis auf die Alpenkonvention und die Festlegung auf Verursacherprinzip und Kostenwahrheit.

In dem Entwurf stehe sicher einiges, das sinnvoll sei, erklärte LR Thomas **Widmann**. Aber es enthalte auch vieles, was nicht umsetzbar sei. Es gebe bereits zwei Gesetze, die einen breiten Rahmen für Maßnahmen geben. Der vorliegende Entwurf sei insofern dem bevorstehenden römischen Verkehrsgesetz ähnlich, das weit über das Ziel hinausschieße. Die Landesregierung sei für umsetzbare Gesetze. Sie habe z.B. mit der Vinschgerbahn schon gezeigt, dass sie strategisch denke. Dasselbe werde man auch bei der Pustertaler Linie sehen, beim Südtirol-Takt, der Rittnerbahn und weiteren Projekten. Die einzige Möglichkeit, die Bevölkerung auf der Brennerachse zu schützen, sei der Tunnel. Auch mit kleinen Schritten könne man strategisch wirken, z.B. mit dem Verbot der alten LKW oder mit der mobilen Kontrollstelle.

Cristina **Kury** ging in ihrer Replik auf die Argumente ihrer Vorgänger ein. Wer Angst habe, dass eine Verkehrsbeschränkung den Tourismus abwürge, möge bedenken, dass der Verkehr die Landschaft und somit die Grundlage des Tourismus zerstöre. Der vorliegende Gesetzentwurf ziele vor allem auf koordinierte Maßnahmen, auf eine Berücksichtigung aller Bereiche, um jene Ziele zu erreichen, die im Verkehrsprotokoll vorgegeben seien. Die von LR Widmann zitierten Gesetze seien zu alt, um den Vorgaben des Protokolls gerecht zu werden. Neu an dem vorliegenden Entwurf sei, dass hier auch die Auswirkungen von Projekten wie Handlungszentren oder Aufstiegsanlagen auf das Verkehrsaufkommen berücksichtigt werden. Zum Vorwurf, die Grünen wollten zurück zu den Pferden, meinte Kury, sie sei heute mit dem Zug gekommen, mit einem modernen und ökologisch vertretbaren Verkehrsmittel.

Der Übergang zur Artikeldebatte wurde bei 3 Enthaltungen, 6 Stimmen dafür und dem Rest dagegen **abgelehnt**.

(Autor: AM)

Südtiroler Landtag  
Tel. 0471 946 111 - Fax. 0471 973 754  
<http://www.landtag-bz.org>

Realisierung: Südtiroler Informatik AG  
[www.provinz.bz.it](http://www.provinz.bz.it)

Internetadresse dieses Artikels:  
[http://www.landtag-bz.org/press-landtag/lndtg\\_news\\_d.asp?art=185856](http://www.landtag-bz.org/press-landtag/lndtg_news_d.asp?art=185856)